

Forderungskatalog Fridays for Future Goslar



Verfasser:
Ortsgruppe Goslar

Übergeben am:
19. März 2021

Forderungskatalog FFF Goslar

Präambel	2
1. Allgemeine Forderungen an Politik und Verwaltung	3
2. Wirtschaft	4
2.1 Allgemeines	4
2.2 Wirtschaftsentwicklung	5
2.3 Unternehmensberatung und -Unterstützung	5
3. Bildung	6
4. Energie	6
5. Verkehr	7
5.1 Radverkehr	7
5.2 PKW-Verkehr	8
5.3 ÖPNV	9
6. Abfall	9
7. Ernährung und Landwirtschaft	10
7.1 Ernährung	11
7.2 Landwirtschaft	12
8. Forstwirtschaft und Naturschutz	12
Quellen	14

Präambel

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Bis 2019 hat sich die Welt laut IPCC [1] im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt und diese Erwärmung schreitet weiter voran. Folgen der Erderwärmung und des Klimawandels, wie der Anstieg des Meeresspiegels und die Häufung extremer Wetterereignisse, unter anderem Dürren und Stürme, werden Verlust von Landflächen, Klimageflüchtete, Artensterben und zuletzt den Verlust unserer Lebensgrundlage als Konsequenz nach sich ziehen. Während wir auf die Kippunkte des Klimawandels zusteuern, sind wir die Letzten, die ihn aufhalten können, aber auch die ersten, die die Folgen der Erderwärmung deutlich spüren werden. Alle stehen in der Verantwortung, jetzt etwas zu unternehmen!

Auf internationaler Ebene bildet das Pariser Abkommen eine verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzpolitik, um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen. Auch Deutschland hat das Pariser Abkommen unterzeichnet, der aktuelle klimapolitische Kurs verfehlt jedoch die selbst gesetzten Ziele. Daher bekennt sich die Ortsgruppe "Fridays For Future Goslar" zu den FFF-Forderungen auf Bundesebene, welche im Anhang zu finden sind. Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es jedoch Veränderungen auf allen Ebenen, auch auf Landes- und Kommunalebene. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Wissenschaft und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die Stadt Goslar auf, unverzüglich auf Wissenschaft basierende Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu verhindern und die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a GG zu schützen.

Goslar hat gute Voraussetzungen, um Vorreiter und Vorbild auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt zu sein. Die TU-Clausthal bietet als Forschungseinrichtung im Landkreis viel Wissen und Forschung und könnte maßgeblich bei der Umgestaltung Goslars mitwirken. Viele, gut mit dem Umland vernetzte Expert:innen in (Umwelt-)Verbänden und Vereinen, Bündnissen und weiteren Organisationen können mit ihrem sehr breiten Know-How den Prozess begleiten. Auf dem Weg zur Lösung der Klimakrise gibt es viele Chancen, um Goslar zu einer nachhaltigen Stadt zu machen und es wird Zeit, dass wir diese Chancen nutzen.

Im Folgenden sind die Visionen von Fridays For Future Goslar für die Zukunft unserer Stadt niedergeschrieben. Die anschließenden Maßnahmen werden von Fridays For Future Goslar als sinnvoll und essentiell betrachtet, um diese Visionen Wirklichkeit werden zu lassen. Wir erheben jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, oftmals gibt es noch weitere sinnvolle Maßnahmen, welche mit Expert:innen aus der Wissenschaft und Verwaltung erarbeitet werden sollten.

[1] Intergovernmental Panel on Climate Change

1. Allgemeine Forderungen an Politik und Verwaltung

- a. Die Stadt Goslar erkennt offiziell den menschengemachten Klimawandel als Klimakrise an und ruft den Klimanotstand aus. Außerdem ergreift sie Maßnahmen, welche sich am Pariser Klimaabkommen orientieren und verpflichten sich gleichzeitig dem 1,5 Grad Ziel.
- b. Der Goslarer Stadtrat und dessen Verwaltung werden die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen damit in Verbindung stehenden Sachverhalten berücksichtigen und wann immer möglich jene Geschäfte bevorzugt behandeln, welche die Klimakrise verhindern und abschwächen.
- c. Die Stadt erstellt und veröffentlicht einmalig einen Gesamtbericht über alle bereits vorgenommenen Maßnahmen und explizit deren Stand der Umsetzung bezüglich des Klima- und Umweltschutzes aus allen Bereichen der Stadtverwaltung.
- d. Das konkrete Klimaschutzkonzept der Stadt wird unter Beteiligung von lokalen Umweltverbänden und -Vereinen, sowie von Wissenschaftler:innen begleitet.
- e. Bei Ausschreibungen und der Auftragsvergabe von städtischen Projekten, wie z.B. Neubaugebieten, sowie dem Kauf von Betriebsmitteln und Arbeitsmitteln werden Sozialstandards und Umweltschutzkriterien besonders berücksichtigt.
- f. Die Stadt etabliert ein Klimaschutzbüro mit neuen Angestellten, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt sind. Das Büro, geleitet von einem:einer Klimaschutzmanager:in, ist mit umfassenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet und soll die derzeitige Verwaltung und das Ehrenamt entlasten. Für alle Bürger:innen der Stadt muss eine Beteiligung an den Projekten und Prozessen zu jeder Zeit möglich sein.
 - I. Aufgaben des Büros sind:
 - Überwachung und Überprüfung von allen Klimaschutzmaßnahmen der Stadt
 - Vernetzung der beteiligten Handelnden
 - Koordination von Informationskampagnen
 - Initiieren von nachhaltigen Projekten
 - Verwaltung und Beantragung von Fördergeldern (KfW / BAFA)
 - Beratung und Unterstützung von Stadt, Bevölkerung, Unternehmen und NGOs
 - Akquise von finanziellen Fördermitteln auf EU, Bundes- und Landesebene
 - I. Das Klimaschutzbüro veröffentlicht jährlich einen Bericht mit allen im Landkreis durchgeführten Maßnahmen, deren Wirkung und einer Reflexion aus dem Bereich Klima- und Umweltschutz.
 - II. Vertreter:innen des Klimaschutzbüros sitzen beratend in allen Ausschüssen der Kommunalpolitik.
 - III. Das Klimaschutzbüro überprüft alle zwei Jahre die gesamten Tätigkeiten der Stadt auf ihre Klima- und Umweltfreundlichkeit und arbeitet konkrete Maßnahmen aus, welche zusätzlich in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden können. Diese Informationen werden in Form eines Berichts veröffentlicht.

- IV. Das Klimaschutzbüro entwirft in Zusammenarbeit mit Kommunalpolitik, Verwaltung, (Umweltschutz-)Vereinen/Verbänden und der Wissenschaft einen Langzeitplan zur Emissionsreinhalt bis 2030. Der Plan setzt sich aus konkreten Maßnahmen und zeitlich terminierten Schritten zusammen.
- g. Jährlich wird der Goslarer Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskongress ausgerichtet, zu dem Beteiligte aus Politik, Verwaltung, Bevölkerung, NGOs und Vereine, Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen werden.

Auf diesem Kongress werden:

- Die neuesten Fortschritte und Umsetzungen von Maßnahmen besprochen und überprüft
 - Handelnde und Beteiligte vernetzt und informiert
 - Neue Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten formuliert und debattiert
 - Best-Practice-Beispiele ausgetauscht
- h. Halbjährlich werden Informationskampagnen durchgeführt, welche die Bevölkerung und die Wirtschaft über die Handlungsmöglichkeiten zum Klima- und Umweltschutz informieren, und nachhaltige Projekte unterstützen. Insbesondere werden auch Vereine, Verbände und die Wissenschaft in diese Kampagnen einbezogen. (siehe auch: "Bildung")
- i. Alle Projekte und Veranstaltungen, Maßnahmen, Fördertöpfe und Ansprechpersonen der Stadt im Bereich Klima- und Umweltschutz werden auf einer öffentlichen Website zusammengefasst und vorgestellt.

2. Wirtschaft

Eine erfolgreiche Wirtschaft muss ein Mittel sein, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die planetaren Grenzen zu überschreiten und muss sich am Gemeinwohl orientieren. Unternehmen in Goslar müssen ein Bewusstsein für klimafreundliches Verhalten besitzen und möglichst klimaneutral handeln und produzieren. Alle Treibhausgasemissionen und Umweltbelastungen, die bei Dienstleistungen und Produktion von den in Goslar erzeugten Gütern entstehen, sind durch lokale Kompensationsmaßnahmen auszugleichen. Goslarer Erzeugnisse und Innovationen sollten den Klimaschutz auch außerhalb der Region voranbringen. Entsprechend modernisierte Aus- und Weiterbildungen sorgen dafür, dass der Klima- und Umweltschutz im beruflichen Alltag der Absolvent:innen priorisiert behandelt wird. Der Klima- und Umweltschutz darf nicht durch einen Fachkräftemangel gehemmt und wegfallende fossile Berufe müssen erfolgreich durch klimaneutrale Arbeitsplätze ersetzt werden.

2.1 Allgemeines

- a. Die Stadt führt eine Klimacharta ein, bei der sich Unternehmen selbst verpflichten können, Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen. Dabei soll es mehrere Qualitätsstufen geben, die konkrete Einzelziele, wie etwa Energieeffizienz, Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien,

Mitarbeitendenmobilität oder Förderung von klimafreundlichem Verhalten bei Beschäftigten, betreffen. Vorreitende Unternehmen, die die konkreten Klimaziele bereits früher erreichen wollen, werden deutlich und übersichtlich herausgestellt. Die Klimacharta soll rechtlich verbindlich sein und Unternehmen dazu verpflichten, Pläne zum Erreichen der angestrebten Klimaziele vorzulegen.

- b. Einführung eines Klimaschutzfonds, in den Unternehmen als Kompensation für ihre eigenen Treibhausgasemissionen einzahlen können. Das dort gesammelte Geld soll zur Finanzierung lokaler Klimaschutzprojekte genutzt werden.
- c. Beteiligungen an bestehenden fossilen Energieprojekten werden schnellstmöglich beendet und zukünftig ausgeschlossen. Diese Maßnahme soll überall im Einflussbereich der Stadt umgesetzt werden; bei Unternehmen, an denen die Stadt nur beteiligt ist, setzt sie sich dafür ein.
- d. Einführung eines anspruchsvollen Klimalabels, das die Stadt an Unternehmen vergibt, die sich durch eine besonders klimaverträgliche Wirtschaftsweise auszeichnen. Dabei werden verschiedene Kriterien, wie Energieeffizienz, Nutzung und Erzeugung erneuerbarer Energien, Treibhausgasemissionen, Mitarbeitendenmobilität, Klimaschutzbeauftragte bei größeren Unternehmen, Ressourceneffizienz und vieles mehr berücksichtigt. Dazu stellt die Stadt das dafür notwendige Personal zur Verfügung. Darüber hinaus soll dieses Label Angestellten eine Orientierung auf dem Stellenmarkt geben, welche Unternehmen nachhaltig wirtschaften und klimafreundliches Verhalten von Mitarbeitenden fördern.
- e. Die Stadt beauftragt eine empirische Untersuchung zum bisherigen Umsetzungsstand von Maßnahmen zum Klimaschutz bei hier ansässigen Unternehmen.

2.2 Wirtschaftsentwicklung

- a. Die regionale Wirtschaftsentwicklung wird nachhaltig, krisenfest (diversifiziert) und mit kurzen Wegen gestaltet und auf die Kreislaufwirtschaft ausgerichtet. Dabei setzt sich die Stadt auch für eine nachhaltige Raumplanung im Regionalverband ein. Zusätzlich können mit Partnerstädten gemeinsame Klimaschutzprojekte umgesetzt und Erfahrungen ausgetauscht werden.
- b. Für bestehende und künftige Gewerbegebiete wird in einer Potenzialstudie zum Ausbau des lokalen Schienennetzes hinsichtlich eines energieeffizienteren und klimaschonenderen Gütertransports untersucht. Es wird weiterhin untersucht, wo und inwieweit neue Infrastrukturnetze für Wasserstoff, Prozesswärme, Fernwärme und eventuell weitere Infrastrukturen für den Klimaschutz sinnvoll oder gar notwendig sind.

2.3 Unternehmensberatung und -Unterstützung

Die Stadt Goslar berät und vernetzt Unternehmen zu folgenden Themen. Dafür geht sie aktiv auf Unternehmen zu und bietet dieses Angebot auch digital an.

- a. Zur Durchführung von Gemeinwohlbilanzierungen sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitszertifizierungen, um Potenziale zur Treibhausgasreduktion zu ermitteln. Zudem gilt es darauf

hinzuwirken, dass die Unternehmen so schnell wie möglich über den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) hinausgehende Standards einführen.

- b. Zur Nutzung von weiteren Beratungs- und Förderangeboten von Bund und Land, um die Wirtschaftsweise von Unternehmen klimafreundlicher zu gestalten.
- c. Zur effizienten Nutzung von Homeoffice, um Arbeitswege und Dienstreisen zu reduzieren.
- d. Zum Einsatz von grünen Wasserstofftechnologien. Dabei regt die Stadt Unternehmen und Einrichtungen an, sich mit Projekten beim nationalen Innovationsprogramm für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zu bewerben.

3. Bildung

Für einen effektiven Klimaschutz muss die ganze Gesellschaft miteinbezogen werden. Aufklärung bezüglich der eigenen Möglichkeiten im Klima- und Umweltschutz, der Klimapolitik und der Folgen der Erderwärmung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Daher fordert FFF Goslar folgende Maßnahmen:

- a. Die Stadt organisiert und stiftet regelmäßig umfassende Bildungsprojekte zum Thema Klimakrise und Nachhaltigkeit, die Sprachbarrieren überwinden und für alle Altersgruppen zugänglich sind.
- b. Halbjährlich finden Projektstage an den Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen im Landkreis statt, welche in Kooperation mit der Politik, der Wissenschaft und regionalen Klima- und Umweltschutzvereinen durchgeführt wird. Ziel ist es, den Schüler:innen sowohl die theoretischen und wissenschaftlichen, als auch die soziokulturellen Grundlagen von Klimakrise und Umweltzerstörung näher zu bringen..
- c. Die Stadt klärt des Weiteren auch über die Möglichkeiten auf, wie Bürger:innen der Stadt sich regional klimapolitisch und im Umweltschutz engagieren können und welche Lebensweisen im Alltag förderlich für den Umwelt- und Klimaschutz sind.

4. Energie

Im Bereich der Energieversorgung ist besonders der Mangel an Solarthermieanlagen und Photovoltaikanlagen auf Hausdächern und Parkplätzen im Bereich Goslar zu kritisieren. Um das 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens noch einzuhalten, müssen hier weitreichende Maßnahmen getroffen werden.

- a. Die Stadt rüstet ihre eigenen Gebäude nach und beschließt eine Pflicht für Solartechnik auf allen Neubauten.
- b. Der Bebauungsprozess von Solartechnik im privaten Sektor wird beschleunigt, vereinfacht und entbürokratisiert.
- c. Es werden weitere Anreize für die Bürger:innen zur Nachrüstung mit Solartechnik geschaffen in Form von Zuschüssen, Steuererleichterungen o.ä.

Die Energiewende kann allerdings nicht nur durch Solaranlagen in privater Hand gemeistert werden. Die Stadt Goslar muss sich deswegen für einen stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen, sodass Goslar bis 2030 seine Energie vollständig aus erneuerbaren Quellen bezieht.

- d. Im Bereich der Windenergie muss die Akzeptanz in der Bevölkerung gesteigert werden. Der Bauprozess muss deswegen gemeinsam mit den Anwohnenden gestaltet werden.
- e. Das Stromnetz muss an die Energiewende angepasst werden. Dazu zählt auch der Ausbau von Ladestationen für Elektroautos.
- f. Um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, muss ein passendes Energiekonzept erarbeitet werden, welches alle zwei Jahre überprüft und ggf. angepasst wird.

Damit diese Vorgabe realistisch erreicht werden kann, muss allerdings auch der Energieverbrauch deutlich gesenkt werden:

- g. Alle bedürftigen Gebäude werden mithilfe von Quartierskonzepten energetisch saniert.
- h. Neubauten unterliegen strengen energetischen Vorschriften.
- i. Die Stadt installiert effiziente und klimafreundliche Heizungssysteme in bestehenden Gebäuden.
- j. Es wird ein Leitfaden zur Einsparung von Energie für Haushalte und Unternehmen von der Stadt veröffentlicht, der Aspekte wie Heizen und Lüften berücksichtigt.
- k. Vor der Durchführung aller hier genannten baulichen Maßnahmen wird eine energetische Beratung durch die ERA für Privatpersonen und Unternehmen verpflichtend.

5. Verkehr

Der Verkehrssektor ist in Deutschland für 18,2% der CO₂ Emissionen verantwortlich (Bundesumweltministerium; 2016). Wir fordern daher von der Stadt Goslar, sich aktiv für die "Verkehrswende" einzusetzen.

Besonders der motorisierte Individualverkehr ist nicht zukunftsweisend und es gilt, ihn maßgeblich einzuschränken. Stattdessen ist eine Priorisierung des Rad- und Fußverkehrs notwendig, für den die Infrastruktur in Goslar derzeit erhebliche Mängel aufweist.

Für die Umsetzung einer zügigen "Verkehrswende" muss die Stadtverwaltung mit hinreichend personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

5.1 Radverkehr

- a. Die Anzahl der Fahrradstellplätze, welche ebenfalls für Lastenfahrräder geeignet sind, wird im gesamten Stadtgebiet deutlich erhöht. Dies ist insbesondere am Bahnhof und nahe der Einkaufsmöglichkeiten erforderlich, muss allerdings auch flächendeckend geschehen. PKW-Parkplätze werden hierfür in Fahrradstellplätze umgewandelt, da diese in einer zukünftigen autofreien Innenstadt keine Verwendung mehr haben.

- b. Am Bahnhof werden abschließbare Fahrradboxen errichtet. Einige davon werden mit Lade-
steckdosen für E-Bikes ausgestattet. Das Errichten von einer Fahrradgarage, Schließfächern
für Helme o.ä. und einer Station mit Utensilien zum Reparieren wird geprüft.
- c. Die Stadt entwickelt ein Fahrradleihsystem zu einem attraktiven Preis mit Verleih und An-
nahmestellen im gesamten Stadtgebiet. Der Fokus soll allerdings im Bereich des Bahnhofes
und der "Park and Ride" Parkplätze liegen. Lastenfahrräder und E-Fahrräder werden eben-
falls flächendeckend angeboten.
- d. Fridays For Future Goslar kritisiert das Radverkehrskonzept der Stadt Goslar als unzu-
reichend. Wir fordern die Stadt auf, ein flächendeckendes, Radverkehrsnetz aus gekenn-
zeichneten Radwegen zu entwickeln, welches alle Ortsteile untereinander vernetzt und an
die Innenstadt anbindet. Über die jährlichen Fortschritte informiert der oben genannte Bericht
des Klimaschutzbüros. Bestehende Netzlücken müssen hierfür dringend geschlossen wer-
den. Außerdem werden die überregionalen Routen erweitert. Diesbezüglich kooperiert die
Stadt eng mit den angrenzenden Kommunen.
Dieser Fahrradstadtplan besteht aus nummerierten Radwegen und ist übersichtlich gestaltet.
Er wird nach den Kriterien Sicherheit, Komfort, Umweg Freiheit, lückenlose Führung und
Wegweisung, sowie der Möglichkeit, ein zügiges Tempo zu fahren, konzipiert und zügig um-
gesetzt. Alle Haushalte bekommen ihn zugesandt.
- e. Für einen attraktiven Radverkehr ist nicht nur ein lückenloses Wegenetz erforderlich. Die
Mängel an schon bestehenden Radwegen müssen erfasst und anschließend systematisch
behooben werden. Alle neu errichteten Wege werden mit einer Mindestbreite gemäß der Re-
gelmaße in den "Empfehlungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen" zuzüglich der jeweili-
gen Sicherheitstrennstreifen gestaltet.
- f. Die Stadt richtet einen Winterdienst für Radwege im gesamten Stadtbereich ein.
- g. Die Ampelschaltungen werden für den Radverkehr optimiert.

5.2 PKW-Verkehr

- a. Eine autofreie Innenstadt muss das erklärte Ziel sein. Hierfür vergrößert die Stadt jährlich
das autofreie Gebiet im Zentrum. Sinnvoll wäre es beispielsweise mit der "Breiten Straße"
als zentraler Route zu beginnen.
Anlieger:innen und der Lieferverkehr dürfen betroffene Straßen weiterhin nutzen. Ausnah-
men gelten außerdem für Menschen mit Behinderungen, körperlichen Einschränkungen,
Notdienste, Pflegeunternehmen etc.
Da wir keinesfalls größere Verluste des Einzelhandels oder gar ein Verkommen der Innen-
stadt bezwecken wollen, sondern vielmehr eine Steigerung der Lebensqualität, sollte die
Umsetzbarkeit eines "Park and Ride" Systems für Goslar geprüft werden, um den Autover-
kehr aus dem Umland in die Stadt zu reduzieren. Möglich ist, bereits versiegelte, allerdings
derzeit meist ungenutzte Flächen am Stadtrand und brachliegende Gewerbeflächen als
Parkmöglichkeiten zu verwenden. Voraussetzung für ein funktionsfähiges "Park and Ride"
System ist ein massiver Ausbau des ÖPNV. An solchen Parkplätzen sollten natürlich eben-
falls Leihfahrräder angeboten werden.

Die "entstehenden" Parkplätze werden mit Ladesäulen ausgestattet. Das "Park and Ride" System bietet Carsharing mit ausschließlich Fahrzeugen ohne Verbrennungsmotor an. Außerdem setzen wir uns für ein Carsharing Konzept für den gesamten Harz ein, ähnlich dem, wie es sich gerade in Planung befindet.

- b. Im restlichen Innenstadtgebiet reduziert die Stadt die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 km/h für den motorisierten Individualverkehr, um die Sicherheit für den Radverkehr zu erhöhen.
- c. Die Ladeinfrastruktur für den elektrifizierten PKW-Verkehr wird außerhalb der autofreien Innenstadt erheblich ausgeweitet. Auch in Bezug auf die Elektromobilität gilt: Sie darf keinesfalls als Allheilmittel verstanden werden und es wird eine größtmögliche Vermeidung des PKW-Verkehrs angestrebt. Elektrische Fahrzeuge sollen daher ausschließlich dann eingesetzt werden, wenn es keine energieeffizienteren Alternativen gibt.
- d. Die Stadtverwaltung geht mit gutem Beispiel voran, kompensiert ihre Dienstreisen und stellt ihre "Dienstflotte" auf emissionsfreie Alternativen um.
- e. Die Stadt setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass die Landesbauordnung geändert wird, sodass die Anzahl von vorgeschriebenen KFZ-Stellplätzen verringert wird. Der freigewordene Platz wird soweit als möglich entsiegelt und begrünt. Teilweise werden überdachte Fahrradstellplätze und gesicherte Fahrradparkhäuser statt Parkplätzen für PKW geschaffen.

5.3 ÖPNV

- a. Der Busfahrplan wird insbesondere mit Blick auf Taktdichte und einen besseren Anschluss der Ortsteile und der Region überarbeitet. Außerdem prüft die Stadt die Anwendung von alternativen Konzepten basierend auf einem flexiblen Abholssystem.
- b. Die Stadt erhöht die Subventionierung der Stadtbus Goslar GmbH mit dem Ziel, das ÖPNV-Angebot bis 2030 zu verdoppeln und kostenfrei (mindestens für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, sowie für Senior:innen ab 65 Jahren) zu gestalten, welches mit dem überregionalen ÖPNV-Netz besser vernetzt wird.
- c. Es ist lobenswert, dass die Stadtbus Goslar GmbH bereits in die E-Mobilität investiert. Ab jetzt werden keine neuen Linienbusse mit Verbrennungsmotor angeschafft. In den neuen Fahrzeugen muss stets die Möglichkeit einer kostenlosen Fahrradmitnahme bestehen.

6. Abfall

Für eine erfolgreiche Klimapolitik spielt auch das Thema Abfall und Müllentsorgung eine zentrale Rolle. Denn durch umfangreiches Recycling wird die Nutzung von Erdöl reduziert, wodurch die Umwelt geschont wird. Aber auch die Entsorgung von Abfall in geeigneten Behältern hat eine hohe Bedeutung für unser Ökosystem. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte, stellen wir diese Forderungen auf:

- a. Die Stadt Goslar setzt sich für eine konsequente Abfalltrennung ein, um eine optimale Nutzung der Rohstoffe zu gewährleisten. Mülltrennung ist essentiell, um sicherzugehen, dass nicht nur Plastik produziert wird, um am Ende einer kurzen Nutzungsdauer in der Natur zu landen.
Die Anschaffung von zusätzlichen Mülleimern mit Mülltrennsystem erscheint hierbei unausweichlich. Diese Forderung betrifft vor allem den öffentlichen Bereich, wie Bildungseinrichtungen und die goslarsche Innenstadt.
- b. Aktuell werden im Wesentlichen nur thermoplastische und besonders reine Kunststoffe wie PET-Flaschen durch das werkstoffliche Recycling wiederverwertet. Deswegen muss die Stadt den Anteil an Plastik, der chemisch recycelt wird, deutlich erhöhen. Durch diese Methode können alle Typen von Plastik recycelt werden, weil beim chemischen Recycling die Kunststoffe wieder in ihre Ausgangsstoffe zerlegt werden. Aus diesen Stoffen kann wieder ein neuer Kunststoff synthetisiert werden.
- c. Die Waldgebiete der Stadt Goslar werden regelmäßig gesäubert, damit das dortige Ökosystem keinen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt ist.
- d. Die Stadt Goslar verpflichtet sich und all ihre Institutionen dazu, auf die Nutzung von vermeidbaren Kunststoffprodukten zu verzichten (nachhaltige Beschaffung).
- e. Es werden die Anstrengungen in der Digitalisierung vergrößert, um bei den Behörden, Schulen und Unternehmen im Landkreis Goslar den Papierverbrauch zu minimieren.
- f. Die Stadt Goslar organisiert Angebote zur Information über Mülltrennung und -vermeidung, z.B. in Form von Workshops für Angestellte und Bürger:innen oder Projekttag an den Bildungseinrichtungen.
- g. Wünschenswert wäre es, wenn die Tüten in Hundekotbeutelspender im Stadtgebiet durch biologisch abbaubare Beutel ausgetauscht werden.

7. Ernährung und Landwirtschaft

Bis 2030 soll Goslars Nahrung regional, saisonal und klimafreundlich hergestellt werden. Allen Goslarer:innen, unabhängig vom Bildungsstand und von finanziellen Mitteln, muss eine klimafreundliche Ernährung einfach zugänglich und das notwendige Wissen für eine gesunde, klimafreundliche Ernährung vorhanden sein. Dadurch kann insbesondere Lebensmittelverschwendung weitgehend reduziert werden. In Goslars Mensen und Bildungseinrichtungen muss eine vielfältige vegetarische und vegane Essensauswahl angeboten werden. Die Treibhausgasemissionen, die durch die Produktion von Nahrungsmitteln entstehen, können dadurch auf ein Minimum reduziert werden. Folgende Maßnahmen aus den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft sind dabei zielführend.

7.1 Ernährung

- a. Goslar organisiert einen Ernährungsrat nach dem Vorbild der Stadt Köln mit dem Ziel, die Ernährung in Goslar klimagerechter zu gestalten. Auch die Erfahrungen vieler weiterer deutscher Städte können genutzt werden.

I. Der Ernährungsrat könnte sich aus folgenden Beteiligten zusammensetzen:

- Vereine und (Umwelt-)Verbände
- Wissenschaft (z.B. TU-Clausthal)
- Gastronomie
- Lebensmittelhandwerk (Bäckereien, Konditoreien, Fleischereien)
- Erzeuger:innen (z.B. konventionelle und ökologische Landwirt:innen und Imker:innen)
- Handel (z.B. Bioläden, Supermärkte, Unverpackt-Laden, Wochenmärkte, Hofläden)
- Schulen (z.B. Schüler:innenvertretungen und Elternräte)
- Bildung (Volkshochschule, Berufsfachschule Ernährung, Hauswirtschaft und Pflege)
- "Verbraucherschutz und Veterinärwesen"
- Konsumierende/Gesellschaft
- Expert:innen aus dem Bereich der Ernährungsmedizin und -Beratung

II. Der Ernährungsrat beschäftigt sich unter anderem mit folgenden Themen:

- Regionalvermarktung
- Reduktion von Lebensmittelverschwendung
- Verbesserung des Zugangs zu einer klimafreundlichen, regionalen, saisonalen und biologischen Ernährung
- Verbesserung von Lebensmittelverarbeitung, -transport und -verpackung unter klimarelevanten Aspekten. Insbesondere Take-Away-Produkte sollen zukünftig ohne Einwegverpackungen auskommen.
- Ernährungsbildung
- Stärkung von Regionalmarken mit ambitionierten ökologischen und fairen Standards
- Verwendung regionaler Futtermittel
- Erhalt von bäuerlichen Betrieben und Umstieg zu einer ökologischen, vielfältigen Produktion, die mit einem wesentlich geringeren Düngemiteleinsatz auskommt

- b. Umstellung des Essens an allen Essensausgaben im städtischen Einflussbereich (z.B. Mensen, Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen, Krankenhäuser, städtische Veranstaltungen etc.) auf regional, saisonal und biologisch erzeugte Produkte. Das Essen soll überwiegend vegetarisch oder vegan sein. Der THG-Fußabdruck jedes einzelnen Gerichts wird angegeben. Des Weiteren halten sich die Essensausgaben im städtischen Einflussbereich an die Empfehlungen des Ernährungsrats.

- c. Die Stadt ergreift Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung, unter anderem indem sie Foodsharing und Spendenabgaben stärkt, beispielsweise durch aktives Ansprechen des Lebensmittelhandels und Kampagnen an die Öffentlichkeit.

Sie spricht sich dafür aus, Containern nicht strafrechtlich zu verfolgen und setzt sich für eine Legalisierung ein. Die Stadt klärt Unternehmen und Bürger:innen über Technologien und Applikationen auf, die Lebensmittelverschwendung vorbeugen und reduzieren.

- d. Die Stadt stärkt regionale Erzeugendenmärkte, beispielsweise durch Absenkung der Standgebühren oder durch Bereitstellung zentral gelegener öffentlicher Flächen. Weitere Handlungsmöglichkeiten werden im Ernährungsrat diskutiert.
- e. Die Stadt Goslar wird zur „Biostadt“ (nach dem Beispiel von Augsburg, Berlin, Bonn, Bremen, Heidelberg und Nürnberg). Dabei verfolgt sie die Ziele, bis 2025 in städtischen Einrichtungen 100% Bioprodukte zu verwenden, die überwiegend regional angebaut und verarbeitet wurden, und in Goslar bis 2030 ausschließlich klimaneutrale Lebensmittel zu produzieren und zu konsumieren.
Außerdem fördert die Stadt Goslar die Gründung von Bio-Verarbeitungsbetrieben (z.B. Bäckereien, Mostereien, Schlachtereien, Molkereien).
- f. Goslar fördert und unterstützt nachhaltige Projekte, wie: „Essbare Stadt“, „Essbare“ Schulen und Stadtgärten, Straßengartenprojekte und Blühgärten in öffentlichen Räumen.
- g. Die Stadt Goslar organisiert halbjährliche Projekttag an Kitas, Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen zu gesunder, nachhaltiger sowie regionaler und saisonaler Ernährung in Zusammenarbeit mit lokalen landwirtschaftlichen Betrieben und Wissenschaftler:innen und Expert:innen wie Ernährungsmediziner:innen.

7.2 Landwirtschaft

- a. Die Stadt Goslar finanziert regionale Zuschüsse für landwirtschaftliche Betriebe, die sich für ökologische Wirtschaftsweisen entschieden haben. Dadurch wird gewährleistet, dass bis 2030 alle landwirtschaftlichen Betriebe in der Region ökologisch produzieren können und langfristig überlebensfähig bleiben.
- b. Die Stadt überprüft jährlich nach den Düngeterminen stichprobenmäßig die Einhaltung der aktuellsten DÜV (Düngeverordnung) des Bundes. Außerdem setzt sie sich dafür ein, dass der Gewässerschutz auf Landesebene erhöht wird (z.B. durch die Einführung der Gewässerrandstreifen).
- c. Goslar fördert den Ausbau von Gülle-Lagerkapazitäten in landwirtschaftlichen Betrieben in der Region, um die NUE (Nitrate-Use-Efficiency) zu erhöhen und dadurch die umweltschädlichen Nitrat- und Phosphorverluste zu reduzieren.
- d. Zusätzlich fördert die Stadt den landwirtschaftlichen Einsatz von Technologien, die Nitrat- und Phosphorverluste bei der Düngung verringern (z.B. teilflächenspezifische Düngung, Strip-Till-Verfahren etc.).

8. Forstwirtschaft und Naturschutz

Die Auswirkungen des Klimawandels haben unverkennbar auch den Harz erreicht. Um dem Wald- und Artensterben entgegen zu wirken, müssen jetzt zügig Maßnahmen ergriffen werden. Wir fordern die Stadt Goslar auf, die Stadtforst auf dem Weg der nachhaltigen Waldumwandlung langfristig und effektiv zu unterstützen. Da wir auch oder gerade in Zukunft auf den nachwachsenden Rohstoff Holz

angewiesen sind, muss die nachhaltige Forstwirtschaft mit dem Naturschutz Hand in Hand gehen. Wir brauchen eine Forstwirtschaft, die so ökologisch und verträglich wie möglich ist. Durch den Klimawandel ist der Wald einem Trockenheit bedingten Dauerstress ausgesetzt. Essenziell ist es daher, die Feuchtigkeit im Wald zu halten. Zielführend ist bei der Durchforstung und Holzernte auf drastische Eingriffe zu verzichten und eine zu große Verdichtung des Bodens durch intensives Befahren zu vermeiden. Mehr Totholz auch in den Wirtschaftswäldern hilft ebenfalls, um Artenvielfalt und Struktur zu erhalten.

Aufforstung mit Hinblick auf einen widerstandfähigeren Mischwald ist weiterhin von hoher Bedeutung.

Auch in der Stadt sehen wir viele weitere Möglichkeiten, um Natur- und Artenschutz zu verbessern und diese nachhaltig zu gestalten.

Im Folgenden einige Beispiele:

- a. Die Stadt setzt im gesamten Stadtgebiet auf eine naturfreundliche Beleuchtung.
- b. Die Stadt Goslar erhöht den Schutz für Gebäudebrüter.
- c. Es werden weitere Blühstreifen (jährliche Aussaaten) oder insektenfreundliche Stauden (einmalige Anpflanzung) im Stadtgebiet angelegt und die öffentlichen Grün- und Freiflächen, wie beispielsweise am Stadtgarten sowie auf Friedhöfen werden für den Natur und Artenschutz aufgewertet.
- d. Die Stadt kontrolliert regelmäßig, dass gemäß der niedersächsischen Bauordnung keine sogenannten Schottergärten angelegt werden.
- e. Die Stadt entwickelt ein konkretes Konzept zur Entwicklung und Erhaltung ihrer Biodiversität in Zusammenarbeit mit lokalen Naturschutzvereinen und weiteren Expert:innen.
- f. Ungenutzte, versiegelte Flächen werden in Grünflächen umgewandelt, da sich betonierte Flächen schneller aufheizen, mehr Wärme speichern und kein Wasser im Boden versickern lassen. Flächenrecycling ist dementsprechend ebenso essenziell wie die Reduzierung des Flächenverbrauches im Allgemeinen.
- g. FFF Goslar fordert eine verbindliche Dach bzw. Fassadenbegrünung von Neubauten wo immer dies möglich ist und nicht im Konflikt zu Solarthermie- und Photovoltaik steht. Solarthermie und Dachbegrünung schließen sich nicht aus. Das Dach muss für das Gewicht in der Planung und Ausführung ausgelegt werden. Eine Möglichkeit ist beispielsweise die Verwendung von schrägen Dachflächen für Solar und die Begrünung von flachen Dächern.
- h. Insbesondere Uferbereiche bleiben in Zukunft frei von Versiegelung und Bebauung, um die Hochwassergefahr zu minimieren.

In einem ersten Schritt sollen alle von uns aufgestellten Forderungen auf ihren aktuellen Umsetzungsstand und Aktivitäten in den jeweiligen Bereichen überprüft werden und in Form einer Stellungnahme der Verwaltung veröffentlicht werden.
Hierfür werden in Form einer tabellarischen Gegenüberstellung alle Forderungen und städtischen Maßnahmen verglichen.

Quellen

- FridaysForFuture Forderungskatalog Magdeburg
- FridaysForFuture Forderungskatalog Braunschweig
<https://fff-braunschweig.de/unsere-forderungen/>
- FridaysForFuture Forderungskatalog Hannover
<https://fridaysforfuture-hannover.de/forderungen/>
- FridaysForFuture bundesweiter Forderungskatalog
<https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

FridaysForFuture Ortsgruppe Goslar,

Antonia Dräger

Roof

dilly Kleinkeuf

B. Butsch

L. Schöning

Jenny Werner

M. ~~Roos~~

